

Einblicke ins Rathaus – Auszüge aus der Arbeit der CDU-Ratsfraktion



Foto: CDU-Ratsfraktion

Dortmunder Wasserstoffstrategie: Doch Produktion von Wasserstoff im Dortmunder Hafen. Eine Idee der CDU.

Wir freuen uns, dass unsere Idee, im Dortmunder Hafengebiet Wasserstoff zu produzieren, erste Keime trägt: Wie Ende November 2023 bekannt wurde, plant die Dortmunder Energieund Wasserversorgung GmbH (DEW21) den Bau einer Wasserstoff-Anlage im Hafengebiet. Auf dem CleanPort-Gelände soll eine Elektrolyse-Anlage errichtet werden, in der ab 2027 grüner Wasserstoff produziert werden soll, u. a. zur Belieferung der Deutschen Gasrußwerke.

Im vergangenen Frühjahr hatte die CDU-Fraktion einen umfassenden Antrag vorgelegt, mit dem wir ein Konzept für die Entwicklung des Dortmunder Hafens zu einem "Wasserstoff-Hub" gefordert haben. "Wir wollen die Potenziale der Wasserstoffwirtschaft am Standort Dortmund aktiv erschließen und sind davon überzeugt, dass der Dortmunder Hafen als Industrie- und Logistikstandort und als Verkehrsdrehscheibe dabei eine wichtige Rolle einnehmen könnte. Wir können uns vorstellen, dass der Dortmunder Hafen zu einem überregionalen Knotenpunkt entlang der gesamten Wertschöpfungskette wird,

von der Forschung und Entwicklung von Wasserstofftechnologien bis hin zur Schaffung der Infrastruktur für Produktion, Import, Transport

und Endnutzung bzw. Anwendung von Wasserstoff.
Berücksichtigt werden sollen dabei die schon angestoßenen Projekte "CleanPort' und "Energiecampus'", erklärt der stellvertretende Fraktions-

vorsitzende **Uwe Waßmann**, der zugleich fachpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Stadtgestaltung und Wohnen ist.

Udo Reppin, wirtschaftspolitischer Sprecher der
CDU-Fraktion, sieht den
CDU-Ansatz einer Wasserstoffinfrastruktur im
Dortmunder Hafengebiet nun auf einem guten

rts-

Weg: "Bislang hatten wir den Eindruck, dass Verwaltung und DEW21 dem Einstieg in die Wasserstoffproduktion am Standort Dortmund eher zurückhaltend gegenüberstehen. Umso mehr freuen wir uns, dass offenbar ein Umdenken statt-

gefunden hat und die DEW nun ganz konkrete Pläne für den Aufbau einer Wasserstoffproduktion im Dortmunder Hafen fasst. Dies bestärkt uns darin, unsere Idee eines Wasserstoff-Hubs im Dortmunder Hafen weiter voranzutreiben."

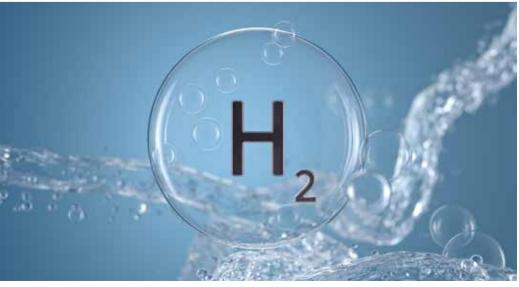


Foto: iStock.com/Olemedia







Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

mehr als je zuvor ist aktuell verantwortungsbewusstes politisches Handeln gefragt. Politik trägt eine hohe Verantwortung und muss sich dessen stets bewusst sein. Sonst erstarken demokratiefeindliche Kräfte, nicht nur auf der großen politischen Bühne in Bund und Land, sondern auch im Rat der Stadt Dortmund. Die Nachrichten über das Geheimtreffen von Rechten und Rechtsextremen in Potsdam müssen aufrütteln. Ihnen wird nur dann der Nährboden entzogen, wenn es gelingt, die Zukunftsaufgaben unserer Zeit zu lösen. Dessen ist sich unsere Fraktion stets bewusst. Unser ganzer Einsatz richtet sich an dem Vorsatz aus, Dortmund lebenswert zu gestalten und in die Zukunft zu investieren.

Deshalb werden wir in den zum Zeitpunkt dieses Geleitwortes laufenden Beratungen zum städtischen Haushalt für das Jahr 2024 darauf achten, dass unsere kommunalen Handlungs- und Gestaltungsräume auch in den nächsten Jahren erhalten bleiben. Es wird in Zukunft noch stärker darauf ankommen, die richtigen Prioritäten zu setzen.

Die Luft wird dünner und die Pflicht zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzepts, das einen Einschnitt in unsere kommunale Eigenständigkeit und die kommunalen Gestaltungsspielräume bedeuten würde, schwebt mit Blick auf die mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2026 und 2027 wie ein Damoklesschwert über dem städtischen Haushalt. Wenn alles so käme wie im Haushaltsplanentwurf vorgezeichnet, dann wäre die in den vergangenen Jahren aus Haushaltsüberschüssen aufgebaute Ausgleichsrücklage, mit der Haushaltslöcher gestopft werden können, im Jahr 2025 verbraucht. Ausschüttungen städtischer Beteiligungen in einer Gesamthöhe von 600 Mio. Euro, davon 500 Mio. Euro nach dem "Schütt-aus-hol-zurück-Verfahren", sollen in den nächsten Jahren helfen, die Fesseln eines Haushaltssicherungskonzeptes zu umgehen. Steuererhöhungen, insbesondere bei der Gewerbe- und Grundsteuer, sind im Zahlenwerk des städtischen Kämmerers mit Blick auf die mittelfristige Finanzplanung aktuell nicht vorgesehen. Dies trifft unsere vollste Zustimmung. Es gilt, zusätzliche Belastungen für die Bürgerschaft und die Unternehmen in unserer Stadt zu vermeiden.

Der städtische Haushalt gerät aus einer Vielzahl von Faktoren zusehends unter Druck. Die allge-

meine Preissteigerung, steigende Energiepreise, die Kosten der Versorgung und Unterbringung von Flüchtlingen, die Zinswende und steigende Personalkosten sind nur einige Gründe für die angespannte Haushaltssituation. Kurzum: Die Ausgaben steigen überproportional, während die Ertragsseite demgegenüber abfällt.

Der Haushaltsplanentwurf sieht ein Haushaltsvolumen von rund 3,4 Mrd. Euro vor. Das Haushaltsjahr 2024 wird nach aktualisierten Planzahlen mit einem Defizit von rund 185,6 Mio. Euro abschließen. Trotzdem gilt der uns von der Verwaltung vorgelegte Haushaltsentwurf nach der Gemeindeordnung als ausgeglichen, da der Fehlbetrag aus der Ausgleichsrücklage in Höhe von aktuell 317,6 Mio. Euro gedeckt werden kann. Dank dieser Deckungsmöglichkeit bliebe der Dortmunder Haushalt im nächsten Jahr genehmigungsfrei und frei von Auflagen und Bedingungen durch die Bezirksregierung in Arnsberg als Aufsichtsbehörde.

Dass wir im Vergleich zu vielen anderen Kommunen aktuell noch besser dastehen und von einer noch gut gefüllten Ausgleichsrücklage zehren können, ist – und wir werden nicht müde, dies zu betonen – ein Verdienst unserer CDU-Finanzpolitik: Ohne den von uns der Verwaltung bereits vor Jahren verordneten und konsequent verfolgten Kurs struktureller Einsparungen, ohne die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt zu belasten, wäre dies nicht möglich gewesen. Die durch den von uns angestoßenen Prozess erzielte strukturelle Entastung des Dortmunder Haushalts liegt bei rund 98,5 Mio. Euro jährlich.

Mit der Ihnen vorliegenden Ausgabe unseres Klartextes" möchten wir Ihnen auszugsweise, Themen, die Gegenstand unserer Fraktionsarbeit waren, vorstellen und Ihnen unseren Standpunkt zu ausgewählten Themen näher erläutern. Darüber hinaus lade ich Sie ganz herzlich ein, uns in den Sozialen Medien zu folgen, in denen wir fortlaufend zu aktuellen Inhalten unserer Arbeit berichten. . Iber unsere Social-Media-Kanäle sind Sie immer "nah dran" am kommunalpolitischen Geschehen.

Eine interessante Lektüre wünscht Ihnen

Dr. Jendrik Suck Vorsitzender der CDU-Fraktion im Rat der Stadt

Modellkommune Cannabis: Dortmund als Modell-Region für Cannabis-Experiment der **Ampelkoalition? – Entschiedenes** "Nein" der CDU-Ratsfraktion!



Foto: iStock.com/Michael Fischer

Trotz unserer Warnungen vor den gravierenden Gesundheitsgefahren, den großen Suchtrisiken und den vorhersehbar negativen Folgen für das Image unserer Stadt, haben sich die Ratsfraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Linke+, FDP/ BL und Die Partei im Rat gegen unseren Widerstand damit durchgesetzt, dass Dortmund sich als Modellkommune zur Erprobung kommerzieller Cannabis-Lieferketten bewirbt. Hintergrund ist die von der Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP im Koalitionsvertrag verabredete Legalisierung von Cannabis. Die Bundesregierung hat dazu nach langer Vorankündigung im Herbst des vergangenen Jahres einen umstrittenen Gesetzentwurf vorgelegt, der seitdem im Deutschen Bundestag feststeckt. Wir haben uns im Rat ganz entschieden gegen die Forderung der anderen Fraktionen ausgesprochen. Nach unserer Überzeugung hebelt das Cannabisvorhaben der überwiegend linken Ratsmehrheit Drogenschutz und Suchprävention aus und verharmlost den Konsum von Cannabis als Einstiegsdroge. Wir hoffen weiter, dass die Bundesregierung bei der Verwirklichung des Ziels. Unternehmen die Produktion, den Vertrieb und die Abgabe von Cannabis in kommerziell arbeitenden Verkaufsstellen zu ermöglichen, durch den geltenden EU-Rechtsrahmen und den Widerstand vieler Landesregierung ausgebremst wird.

"Die Ratsmehrheit folgt allein ihrer Ideologie und schlägt alle Warnungen vor den gravierenden gesundheitlichen Gefahren des Cannabis-Konsums in den Wind", wirft der gesundheitspolitische Sprecher der CDU-Fraktion **Thomas Bahr** den anderen Fraktionen vor und erklärt: "Die Legalisierung von Cannabis verzerrt die Risikowahrnehmung des Rauschmittels und trägt zur Verharmlosung einer Droge bei, die nachgewie-

senermaßen abhängig macht und aufgrund des Risikos cannabisbedingter Hirnschädigungen häufig zu schweren Entwicklungsschäden gerade bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen führt."

Darüber hinaus sei das Etikett "Cannabis-Modellregion" sicherlich keine Auszeichnung mit der die Stadt Dortmund nach außen werben und gewinnen kann: "Modellkommune für die lizenzierte Abgabe von Cannabis zu sein, ist nichts, was die Stadt nach vorne bringt. Nach unserer Ansicht ist das Vorhaben ganz im Gegenteil verheerend für den Ruf unserer Stadt und nicht etwa Ausdruck hipper, moderner Lebenskultur. Wir wollen nicht, dass Dortmund als "Kiffer-Kommune" Schlagzeilen schreibt. Es kann doch nicht ernsthaft ein Stadtziel sein, als Forschungslabor für die Auswirkungen von kommerziellen Cannabis-Lierketten auf den Gesundheits- und Jugendschutz sowie den Schwarzmarkt zu dienen", kritisiert **Bahr** die Ratsfraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Linke+, FDP/BL und Die Partei.

Uraltforderung der CDU: Öffnung der "Asselner Alm"



Foto: CDU-Ratsfraktion

Seit vielen Jahren machen wir uns dafür stark, Osten unserer Stadt für neue Nutzungen die zwischen den Ortsteilen Brackel, Neuasseln und Asseln gelegene Halde Schleswig, die sogenannte "Asselner Alm", als Freizeit- und Naherholungsraum für Menschen und Gäste unserer Stadt zu öffnen. Der Ende 2023 zwischen der Geländeeigentümerin thyssenkrupp, Stadt Dortmund und Regionalverband Ruhr (RVR) geschlossene gemeinsame Nutzungsvertrag macht Hoffnung, dass Dortmund bald um ein attraktives Ausflugs-, Freizeit- und Naherholungsziel reicher wird.

"Seit dem Ende des Deponiebetriebes tritt die CDU dafür ein, die Landmarke im

zu öffnen", erklärt der im Stadtbezirk Brackel verwurzelte Vorsitzende der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund, **Dr. Jendrik** Suck, und drückt aus: "Wir freuen uns, dass die langwierigen Gespräche zwischen den Beteiligten endlich zu einem positiven Abschluss geführt werden konnten. Mit dem Nutzungsvertrag zwischen Stadt, RVR und thyssenkrupp steigen die Chancen, die 'Asselner Alm' zu einem Ort für Erholungsuchende, für Aussichtsgenuss und für Sport- und Freizeitgestaltung zu entwickeln."

Unsere Kulturpolitik punktet: Haus der Dortmunder Geschichte soll in Löwenhof. Ein weiterer Baustein für unsere Idee einer "Museumsmeile".

Unsere Vision ist es, die Anziehungskraft der Dortmunder City mit einer neuen Kulturmarke, mit einer vermarkteten "Museumsmeile" zwischen Dortmunder U und Museum für Kunst und Kulturgeschichte zu stärken. Dazu gehört für uns auch ein Haus der Dortmunder Geschichte. Nun sieht es so aus, als kämen wir der von uns gewünschten Realisierung eines Hauses der Dortmunder Geschichte in den früheren Räumen der VHS im "Löwenhof" in der Hansastraße einen großen Schritt näher. Der Rat hat beschlossen, dass für das Haus der Dortmunder Geschichte in den künftigen Plänen für den "Löwenhof" Ausstellungsflächen zu berücksichtigen sind. Ein Haus der Dortmunder Geschichte an diesem Standort wäre eine weitere Bereicherung der schon vorhandenen Museumslandschaft in der westlichen Dortmunder City.

"Wir freuen uns, dass sich damit eine kulturpolitische Forderung aus unserem Kommunalwahlprogramm erfüllt. Immer wieder haben wir uns für die Einrichtung eines Hauses der Dortmunder Geschichte eingesetzt und unsere Forderung im Rahmen der schwarz-grünen Projektpartnerschaft in die politischen Gremien eingebracht. Nun sieht es so aus, als kämen wir der gewünschten Realisierung eines Hauses der

Dortmunder Geschichte einen großen Schritt näher, für das wir den ehemaligen VHS-Standort Löwenhof vorgeschlagen hatten", freut sich Ute Mais, die kulturpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, über die Standortentscheidung.

"Mit dem Haus der Dortmunder Geschichte im Löwenhof schaffen wir einen weiteren Ankerpunkt für unsere Idee einer "Museumsmeile" im Herzen unserer City: Unter dem Dach der ,Museumsmeile' ließen sich das Zentrum für Kunst und Kreativität Dortmunder U, das Deutsche Fußballmuseum, das Museum für Kunst und Kulturgeschichte, der Schauraum: Comic + Cartoon und das Haus der Dortmunder Geschichte vereinen", wirbt Ute Mais für die CDU-Idee, die vielseitige Museumslandschaft am westlichen Ende der City unter dem Label "Museumsmeile"



Foto: CDU-Ratsfraktion

Unsere Politik wirkt:

Der Fredenbaum entwickelt sich weiter. Ein Juwel, nicht nur für die Nordstadt!



Foto: CDU-Ratsfraktion

Auf einem guten Weg ist die von uns angestoßene Weiterentwicklung des Fredenbaumparks. Davon konnten wir uns beim Besuch der wohl ältesten und größten Parkanlage unserer Stadt überzeugen. Es war unsere Fraktion, die die Erarbeitung eines "Zukunftskonzepts" durchgesetzt und dafür gesorgt hat, dass im städtischen Grünflächenamt eigens für den Fredenbaumpark zwei Stellen eingerichtet werden und für die Weiterentwicklung des Parks jährlich 500.000 Euro zur Verfügung stehen.

Als Fazit unseres Ortstermins im Fredenbaumpark können wir festhalten: Parkleitung und Grünflächenamt machen einen tollen Job, haben bereits

viele Projekte erfolgreich umgesetzt und noch viel vor, um den Fredenbaumpark zeitgemäß unter Erhalt seines historischen Charakters weiterzuentwickeln.

Reinhard Frank, Sprecher der CDU-Fraktion im Ausschuss für Mobilität, Infrastruktur und Grün: "Zwischen den hochverdichteten Wohnquar-

tieren der Nordstadt und den angrenzenden Industriegebieten kommt dem Fredenbaumpark als grünem Lebensraum

eine ganz besondere Bedeutung für die Menschen zu. Deshalb werden wir uns auch weiterhin dafür einsetzen, die Parkanlage als Natur-, Freizeit-, Erholungs- und Veranstaltungsort für die Menschen unserer Stadt attraktiv zu halten. Wir freuen uns zu sehen, wie unsere Politik wirkt und dass unsere Initiativen für die Einrichtung einer Parkleitung und ein festes Budget für den Fredenbaumpark Früchte tragen. Ob die Riesenschaukeln im Eingangsbereich, die Neuanlage von Staudenbeeten, die Entschlammung der Teichanlagen, die Neugestaltung des Zuschaubereichs der Konzertmuschel für über 600 Gäste, die Sanierung der Festwiese, die Optimierung der Wegeinfrastruktur, die Ertüchtigung des Verkehrsübungsplatzes sowie neue Bänke und Beleuchtungsanlagen — es tut sich etwas im Park. Es bleibt aber auch noch viel zu tun: So soll der Park mittelfristig autofrei werden, was ein Verkehrskonzept erfordert. Die in die Jahre gekommenen Kinderspielplätze sollen möglichst bis zur IGA2027 modernisiert werden. Zu prüfen ist, ob sich im Fredenbaumpark ein 'Betriebshof' des Grünflächenamtes für die Pflege des Parks realisieren lässt. Wo wir als Politik unterstützen können, werden wir es tun".

Dauerhafte Aufhebung der Sperrstunde



Foto: iStock.com/Vershinin

Erfolgreich haben wir uns im Rahmen der schwarz-grünen Projektpartnerschaft dafür eingesetzt, dass der Rat in der letzten Sitzung des Jahres 2023 die dauerhafte Aufhebung der Sperrstunde beschlossen hat. Vorausgegangen ist eine neunmonatige Pilotphase, während der die Sperrstunde bereits vorübergehend ausgesetzt worden ist. Alle Beteiligten - Gastronomie, Clubbetreiber, Polizei und Stadt – haben nach Abschluss der Pilotphase ein positives Fazit gezogen. Um die Club- und Kneipenszene in Dortmund in wirtschaftlich schwierigen Zeiten zu stärken, ist der dauerhafte Wegfall der Sperrstunde für uns daher ein sinnvoller Schritt. Eine lebendige und vielfältige Nachtkultur gehört für uns als CDU-Fraktion zu einer Großstadt wie Dortmund einfach dazu.





Freibad Stockheide: **Baubeschluss, aber Deckel drauf!**



Foto: CDU-Ratsfraktion

Von Anfang an unterstützen wir im Interesse des Schwimmsports und des Freizeitangebotes in unserer Stadt die Entscheidung zur Sanierung des Freibads Stockheide, um das Schwimmareal für die Zukunft zu rüsten und den Schwimmstandort dauerhaft zu sichern. Deshalb haben wir auch für den von der Verwaltung vorgelegten Baubeschluss zur Sanierung des seit Herbst 2020 geschlossenen Freibads Stockheide gestimmt. Gegen den Widerstand von SPD und Linke+ haben wir aber dafür gesorgt, dass die Kosten gedeckelt werden.

Warum? – Bislang hat die Verwaltung die Gesamtkosten der notwendigen Sanierungsund Modernisierungsmaßnahmen stets auf 6,6 Mio. Euro geschätzt. Davon sollten 2,4 Mio. Euro über ein Förderprogramm des Bundes zur "Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur" finanziert werden. Wie sich nun herausstellte, ist dies die einzige Konstante im Verfahren: Inzwischen liegt ein Förderbescheid über 2,4 Mio. Euro vor.

Zur letzten Ratssitzung im Jahr 2023 informierte uns die Verwaltung erstmals darüber, dass sich das bislang geschätzte Investitionsvolumen um rund 8 Mio. Euro verteuern wird und nunmehr mit Kosten in einer Gesamthöhe von 14,6 Mio. Euro zu rechnen ist: Wegen gestiegener Baukosten, wegen der hohen Anforderungen des in Anspruch genommenen Förderprogramms an die Energieeffizienz der Anlagen und infolge des Denkmalschutzes, unter dem Teile des Freibads Stockheide stehen.

"Mit dieser eklatanten Kostenerhöhung haben wir gehadert, da wir zuletzt bei zahlreichen Projekten immer wieder mit deutlichen Kostensteigerungen konfrontiert worden sind, z. B. beim Umbau des Westf. Schulmuseums", kritisiert der finanzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion **Sascha Mader** die erhebliche Abweichung von ersten Kostenschätzungen und erklärt, warum die CDU-Fraktion dennoch weiterhin zur Sanierung des Freibads Stockheide steht: "Letztendlich haben wir uns im Interesse einer positiven Entwicklung der Nordstadt, insbesondere mit Blick auf das geplante Karlsquartier und die Weiterentwicklung des Hoeschparks zu einem überregionalen Integrations-, Gesundheits-, Sport- und Freizeitpark, dafür entschieden, den weiteren Weg für die Sanierung des Freibads Stockheide freizumachen und dem Baubeschluss zuzustimmen.

Wir haben aber eine Deckelung der Baukosten auf 14,6 Mio. Euro durchgesetzt und dafür gesorgt, dass alle Maßnahmen zur Modernisierung des Freibads Stockheide in diesem Kostenrahmen

abzuwickeln sind. Eine weitere Kostenerhöhung darf es nicht geben!"

Telenotarztsystem kommt



Foto: iStock.com/Reinhard Krull

Bei medizinischen Notfällen zählt oft jede Minute. Auf Initiative der CDU-Ratsfraktion wird sich die Notfallversorgung von Patientinnen und Patienten durch den Einsatz von Telenotärzten im Rettungsdienst verbessern. Die Städte Dortmund und Hagen sowie der Kreis Unna haben sich zur Trägergemeinschaft "Telenotarzt östliches Ruhrgebiet" zusammengeschlossen. Die Stadt Dortmund wird dabei federführend für die Entwicklung, den Aufbau und den späteren Betrieb der Telenotarztzentrale verantwortlich sein. Das Ganze geht zurück auf einen Prüfauftrag, den die CDU-Ratsfraktion bereits im Jahr 2019 gestellt hat. Wir haben der Verwaltung damals aufgegeben, die Einführung eines interkommunalen Telenotarztsystems bei der Feuerwehr Dortmund zu prüfen. Wir freuen uns, dass der Aufbau des Telenotarztsystems nun konkrete Formen annimmt und die medizinische Versorgung und Behandlungsqualität in Dortmund

Telenotärzte sind speziell geschulte, erfahrene Notfallmediziner, die sich von einer Leitstelle aus mittels Sprach- und Videoverbindung zum Ort des Rettungseinsatzes schalten. Durch die Live-Übertragung von Vitalparametern, wie z. B. Blutdruck, Herzfrequenz und EKG, verschaffen sie sich ein genaues Bild vom Patientenzustand. So können die Telenotärzte den Rettungskräften vor Ort mit ärztlicher Diagnose und Beratung zur Seite stehen. Die Einsatzmöglichkeiten sind vielfältig. Telenotärzte helfen nicht nur, die Zeit bis zum Eintreffen eines Notarztes zu überbrücken. Sie können auch Notfalleinsätze ohne anwesenden Notarzt begleiten oder von einem anwesenden Notarzt im Bedarfsfall beratend hinzugezogen werden.

Behördengänge ohne Aufwand und Verfahrensbeschleunigung: CDU treibt Einrichtung virtueller Bürgerbüros voran.

Behördengänge sind für die meisten eine lästige Notwendigkeit. Wir möchten Behördengänge erleichtern und für alle Beteiligten effizienter und ökonomischer gestalten. Deshalb haben wir die Verwaltung beauftragt, ein Konzept für die Einführung eines "Virtuellen Bürgerbüros" bei der Stadtverwaltung Dortmund zu erarbeiten. Das von der Verwaltung daraufhin im Ausschuss für Personal, Organisation und Digitalisierung vorgestellte Kurzkonzept für ein virtuelles Bürgerbüro stimmt uns zuversichtlich, dass es bald zu einer pilothaften Einführung für ausgewählte Dienstleistungen kommen könnte.

"Wir wollen es den Einwohnerinnen und Einwohnern unserer Stadt ermöglichen, ausgewählte Behördengänge künftig mittels Videokonferenz ,virtuell' von zu Hause aus zu erledigen. Das Prinzip ist denkbar einfach: Zugang zum virtuellen Bürgerbüro erhält man

Strategie sowie eine kritische Überprüfung

aller bisherigen Maßnahmen. Dies umfasst eine

verstärkte Umsetzung von repressiven und ord-

nungspolitischen Maßnahmen zur Bekämpfung

des offenen Drogenhandels und -konsums im

Zentrum unserer Stadt. Zusätzlich ist die Ver-

Wir werden das Thema weiterhin im Auge

behalten und politisch begleiten. Erste Zahlen

des Ordnungsamtes zeigen bereits, dass der von

unserer Fraktion initiierte repressive Ansatz Wir-

Die Drogenszene und ihre Begleiterschei-

nungen setzen insbesondere den City-Händlern

stark zu. Dabei steht die City in den aktuellen

Krisenzeiten ohnehin schon unter großem Druck.

So kämpfen viele Händler mit den Folgen der

Corona-Pandemie, der hohen Inflation und dem

wachsenden Online-Handel. Zudem steht mit

Galeria Karstadt Kaufhof ein zentrales Kaufhaus

im Herzen der Innenstadt vor einer sehr unge-

wissen Zukunft. Aus diesem Grund haben wir

Christdemokraten uns bereits seit vielen Jahren

für die Einrichtung eines City-Managements als

waltung beauftragt worden,

das Drogenhilfesystem

den beteiligten Trägern

so unser ordnungspo-

litischer Sprecher **Uwe**

liche Online-Plattform durch ein 'Anklopfen' an die 'Tür' des freien virtuellen Bürgerbüros. Während festgelegter Öffnungszeiten oder nach

über eine benutzerfreund-

Terminvereinbarung", erläutert Lars Vogeler als Sprecher der CDU-Fraktion für Digitalisierung, wie ein virtuelles Bürgerbüro funktioniert.

Immer mehr Städte und Gemeinden sind

dabei, "virtuelle Bürgerbüros" als ergänzendes Serviceangebot für Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen zu etablieren und damit zugleich die Verwaltungseffizienz zu steigern.

"Die virtuellen Bürgerbüros sind ein weiterer Baustein, den Zugang zu Verwaltungsleistungen für Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Viele Antragsverfahren lassen sich

heute bereits digital erledigen. Das Leben ist allerdings so vielschichtig, dass sich nicht alle Lebenssachverhalte ohne Weiteres in digitalen Antragsverfahren erfassen lassen. Auch bei noch weiter fortschreitender Digitalisierung wird es weiterhin einen Bedarf für 'Behördengänge', z. B. zur Klärung von Verständnisfragen, geben. Hier setzen wir mit den virtuellen Bürgerbüros an, die den Bürgerinnen und Bürgern Wege und Wartezeiten ersparen werden und den Abschluss von Antragsverfahren beschleunigen können", ist Vogeler überzeugt.

Entwicklung der Dortmunder City: Bekämpfung der Drogenszene, City-Management und Attraktivitätssteigerung der Plätze



Foto: iStock.com/Adventure_Photo

Die Dortmunder Innenstadt steht vor verschiedenen großen Herausforderungen. Als CDU-Fraktion sehen wir diese Herausforderungen und wollen sie gemeinsam mit den City-Akteuren angehen. Insbesondere in den vergangenen Monaten hat sich die Situation rund um die Drogenszene in der City noch einmal verschärft. Diese Verschärfung ist in Zusammenhang mit dem zunehmenden Konsum der Droge Crack zu sehen. Wir haben uns bereits frühzeitig für eine möglichst repressive Vorgehensweise im Sinne einer Null-Toleranz-Strategie insbesondere gegen Drogendealer und den offenen Drogenkonsum ausgesprochen. Die links von der CDU-Fraktion zu verortende Ratsmehrheit sah zunächst jedoch nicht die akute Dringlichkeit bei der Thematik, sodass die Beratungen zum Thema in eine gemeinsame Sondersitzung des Ausschusses für Bürgerdienste, öffentliche Ordnung, Anregungen und Beschwerden (ABöOAB) sowie des Ausschusses für Soziales, Arbeit und Gesundheit (ASAG) geschoben wurden. Neben Berichten von Sachverständigen und dem Austausch mit Vertretern des Handels und der Drogenhilfe wurde in dieser Sondersitzung auch ein Antrag der CDU-Fraktion beraten und dem Rat zu großen Teilen zur Beschlussfassung empfohlen. Dieser Empfehlung ist der Rat dann auch mit großer Mehrheit gefolgt.

"Zu den auf unseren Antrag hin beschlossenen Maßnahmen gehört insbesondere ein deutliches Bekenntnis zu einer Null-Toleranzdas Stadtzentrum eingesetzt. Da die Ratsmehrheit das Problem offenbar lange nicht sehen wollte, konnten wir unsere Forderung in der Vergangenheit nicht umsetzen. Im zurückliegenden Jahr hat sich allerdings dann doch etwas in der Verwaltung getan: Ein City-Management soll eingerichtet werden und die vielfältigen Problemstellungen aus einer Hand angehen.

zentralem Anlaufpunkt für alle Belange rund um

"Das Ziel des City-Managements muss die Sicherung, Stärkung, Weiterentwicklung und Belebung der Dortmunder City sein. Doch das können wir nur erreichen, wenn wir als Stadt gemeinsam entschlossen sind, diese Herausforderung anzunehmen. Die Umsetzung der einzelnen Aktivitäten des Citymanagements soll nach Meinung unserer Fraktion neben einer engen Anbindung an die Politik auch im Schulterschluss mit den städtischen

Tochterunternehmen sowie den Immobilieneigentümern und Gewerbetreibenden der Dortmunder City erfolgen", so **Udo** Reppin, wirtschaftspolitischer Sprecher unserer

Zur Aufwertung der City braucht es jedoch in Zusammenarbeit mit Raum. Bisher erscheint die Innenstadt mit sehr unterschiedlichen Pflasterungen und Laternen nicht immer wie eine zusammenhängende Einheit. Insbesondere die großen Plätze wirken teilweise etwas leer und trist. Passanten bemän-

dem Masterplan Plätze angegangen werden. Im Rahmen eines umfangreichen Beteiligungsprozesses ist eine Bestandsaufnahme des Innenstadtbereichs gemacht worden und konkrete Handlungsempfehlungen erarbeitet worden. Hierzu der baupolitische

geln zudem oft eine geringe Aufenthaltsqualität

heiten. Diese Herausforderungen sollen nun mit

durch fehlendes Grün und fehlende Sitzgelegen-

Sprecher der CDU-Fraktion, Reinhard Frank: "Der Masterplan soll als übergeordnetes Planungsinstrument dienen, das für die zukünftige Gestaltung der Plätze und Stadträume in der Dortmunder City städte-

bauliche und architektonische Grundsätze und Leitlinien vorgibt. Er folgt einer übergeordneten Zukunftsvision zur Gestaltung der City. Diese basiert auf einer umfassenden Analyse des heutigen Stadtbildes im Kontext seiner historischen Wurzeln. Mit den Leitlinien werden Spielregeln definiert, nach denen langfristig ein Stadtbild entstehen kann, das in seiner Gesamtheit von gestalteten Plätzen, Stadträumen und Gebäuden eine harmonische Beziehung zueinander und ein gestalterisches Miteinander abbildet."

Wir sehen die Rahmenbedingungen für die zukünftige Entwicklung der Dortmunder City auf einem guten Weg. Klar ist jedoch auch, dass es sich um einen kontinuierlichen und dynamischen Prozess handelt.

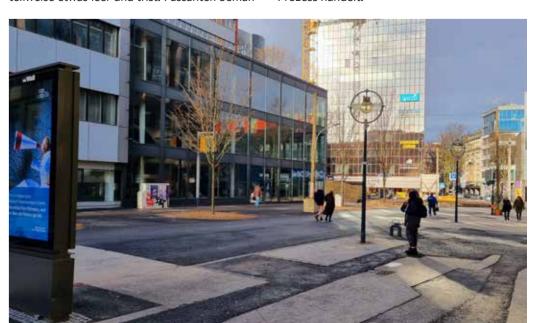


Foto: CDU-Ratsfraktion

Schwammstadt: Zusammenarbeit mit Emschergenossenschaft und Lippeverband. 100 Mio. Euro in 10 Jahren.



Foto: CDU-Ratsfraktion

Schon länger fordern und fördern wir den Umbau Dortmunds nach dem sogenannten "Schwammstadtprinzip". "Deshalb unterstützen wir die vom Rat beschlossene Kooperation der Stadt Dortmund mit der Emscherge-

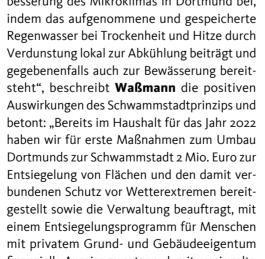
nossenschaft und dem Lippeverband, durch die in den nächsten 10 Jahren 100 Mio. Euro konzeptes" ist es, Niederschlagswasser dort in Maßnahmen zur Stärkung des natürlichen zu speichern, wo es fällt. Durch entsprechende Wasserkreislaufs investiert werden sollen", sagt Flächenentsiegelungen kann das Regenwas-**Uwe Waßmann**, umwelt- und klimapolitischer ser vom Boden aufgenommen werden. "Diese

Sprecher der CDU-Fraktion, und erklärt: "Dabei geht es vor allem um den Ausbau der naturnahen Niederschlagswasserbewirtschaftung durch Abkopplung des Niederschlagswassers vom Mischwasserkanalnetz, die Verbesserung des Überflutungsschutzes durch Regenrückhaltebecken und Versickerungsbecken und die Reaktivierung ehemaliger Bachläufe. Durch die angestrebte Zusammenarbeit mit der Emschergenossenschoft und dem Lippeverband stünden der Stadt zwei leistungsfähige Partner zur Seite, mit deren Know-how und personellen Ressourcen der Umbau Dortmunds zur Schwammstadt in unserem Sinne

deutlich beschleunigt werden könnte. Zudem sind die Aussichten gut, dass ein Großteil der Investitionen mithilfe von Fördermitteln bestritten werden kann."

Das Ziel des "Schwammstadt-

Form der Regenwasserbewirtschaftung kommt dabei nicht nur der Hochwasservorsorge und dem Überflutungsschutz zugute, sondern trägt zugleich auch zu einer nachhaltigen Verbesserung des Mikroklimas in Dortmund bei, indem das aufgenommene und gespeicherte Regenwasser bei Trockenheit und Hitze durch Verdunstung lokal zur Abkühlung beiträgt und gegebenenfalls auch zur Bewässerung bereit-Auswirkungen des Schwammstadtprinzips und betont: "Bereits im Haushalt für das Jahr 2022 haben wir für erste Maßnahmen zum Umbau gestellt sowie die Verwaltung beauftragt, mit einem Entsiegelungsprogramm für Menschen mit privatem Grund- und Gebäudeeigentum finanzielle Anreize zu setzen, damit versiegelte Flächen in versickerungsfähige und begrünte Flächen umgewandelt werden."



DO kann mehr!



stadt der Zukunft: **Erfolgreiche** Zusammenarbeit aller Sportvereine

Unter dem Motto "Dortmund – Sportstadt der Zukunft" hat die CDU-Fraktion Sportvereine aus Dortmund eingeladen, um im gemeinsamen Austausch herauszuarbeiten, vor welchen Herausforderungen und Hürden der Dortmunder Sport steht, welche Probleme bestehen und welche Lösungsmöglichkeiten gesehen werden. Ziel der Zusammenkunft war es, die Zusammenarbeit und den Austausch zwischen den Sportvereinen und der Politik zu fördern. Nur durch eine enge Kooperation mit den Vereinen ist es möglich. Dortmund als moderne und zukunftsorientierte Sportstadt weiterzuentwickeln. Vertreter aus allen Bereichen des Sports - von Fußball über Handball bis hin zu Boxen und Leichtathletik - waren vor Ort, um Ideen auszutauschen und an konkreten Beispielen aufzuzeigen, wo es vor Ort hakt. Im World Café-Format wurden verschiedene Themen erörtert, darunter die Verbesserungspotenziale in der Zusammenarbeit mit der Verwaltung, die qualitative Ausstattung der Sportstätten sowie die Verbesserung der Infrastruktur für den Breitensport.



Ute Mais, sportpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion: "Der Austausch mit den Vertretern des Sports hat gezeigt, dass wir gemeinsam viel erreichen können und Dortmund als Sportstadt weiter

nach vorne bringen werden. Es ist aber auch deutlich geworden, dass es an vielen Stellen noch Nachbesserungsbedarfe gibt. Und das wollen wir - soweit wir es politisch können - aufgreifen und politisch in die Umsetzung bringen."

Dortmund - Sport- Entwicklung der Speicherstraße vorantreiben. CDU-Fraktion: Hafen als Standort für die Fachhochschule ungeeignet.



Foto: CDU-Ratsfraktion

Im Zuge der Absage an einen Neubau der Dortmunder Fachhochschule im Rahmen des SMART RHINO-Projekts auf dem ehemaligen HSP-Gelände, hat der Oberbürgermeister die Ansiedlung der FH im Hafenquartier an der nördlichen Speicherstraße ins Spiel gebracht. Die bisherigen, bereits sehr weit fortgeschrittenen Planungen an diesem Standort sehen hier jedoch eine Mischnutzung aus Büro, Gewerbe und Digitalisierung, begleitet von Freizeit-, Bildungs- und Kultureinrichtungen vor. Damit einhergehend sollen mehr als 4000 neue Arbeitsplätze im Rahmen dieses Digital-Campus auf der Grundlage der architektonischen Pläne von COBE Architects in Dortmund geschaffen werden.

Vor dem Hintergrund dieser bereits vorliegenden und fortgeschrittenen Planungen haben wir uns nach eingehender Beratung bereits früh-

herigen Planungen auch zukünftig vollumfänglich zu unterstützen. Gleichzeitig wird der Vorschlag des Oberbürgermeisters, die bisherigen Planungen für die nördliche Speicherstraße bis auf Weiteres auf Eis zu legen und stattdessen die Ansiedlung der Fachhochschule in diesem Bereich zu prüfen, von uns abgelehnt. Unserer Auffassung nach muss das Land, als Träger,

zunächst das Interesse an einem neuen Standort für die Fachhochschule Dortmund formal bekunden. Dann würde im Rahmen der vorgegebenen Verfahrenswege ein Interessenbekundungsverfahren für eine geeignete Fläche in Dortmund durchgeführt werden. Als CDU-Fraktion sind wir gerne dazu bereit, dieses Verfahren nach Kräften zu unterstützen.

..Hier sind wir als Stadt nicht der zentrale Akteur. Der Impuls für einen Neubau der Fachhochschule muss vom Land als Träger ausgehen. Unabhängig vom Verfahren haben wir als CDU-Fraktion auch erhebliche Zweifel an der Eignung der Flächen an der Speicherstraße für einen Hochschulcampus mit 14.500 Studierenden und 1000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Auch im Lichte von geringer werdenden finanziellen Ressourcen der öffentlichen Hand und

damit auch der Stadt Dortmund ist es wichtig, die Projekte mit der größten Ertragskraft für die Dortmunderinnen und Dortmunder zu unterstützen. Wir sollten also als Stadt nicht loslaufen und Planungen anstoßen, für die es keine zwingende Notwendigkeit gibt. Zumal wir der Auffassung sind, dass ein Standort der Fachhochschule Dortmund im Bereich des Hafens nicht mit dem NRW-Landesentwicklungsplan vereinbar ist. Der Landesentwicklungsplan ist das wichtigste Steuerungsinstrument der Landesplanung und legt die Ziele und Grundsätze für die räumliche Entwicklung fest und dient als verbindliche Vorlage für die Regionalplanung. Im Landesentwicklungsplan wird der Dortmunder Hafen als landesbedeutsamer Hafen definiert. Als solcher ist er vor anderen Nutzungen und störenden Eingriffen zu schützen. Hier sehen wir Konfliktpotenzial", erklärt **Uwe Waßmann** planungspolitscher Sprecher der CDU-Fraktion.

"Sollte sich das Land erklären, dass es einen Neubau der Fachhochschule geben soll, könnte man z. B. die ursprünglich vorgesehenen Flächen im Umfeld der Technischen Universität hierfür betrachten. Als CDU-Fraktion sprechen wir uns klar gegen unnötige Verzögerungen bei den Planungen an der Speicherstraße aus. Wenn alles gut läuft, haben wir dann in einigen Jahren mit der nördlichen und südlichen Speicherstraße und der Smart Rhino-Fläche nebst angrenzenden Quartieren gleich zwei neue Aushängeschilder für den Strukturwandel in Dortmund", so **Udo Reppin**, wirtschafts- und wissenschaftspolitischer Sprecher der CDU

Eine Bauoffensive für die Straßen in Dortmund und kürzere Bauzeiten für die City



Foto: iStock.com/blyjak

Der Zustand der Dortmunder Straßen ist für viele Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer ein großes Ärgernis. Als CDU-Fraktion haben wir uns bereits seit Langem für eine nachhaltige Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur in Dortmund eingesetzt. Entsprechend erfreut sind wir, dass der Rat der Stadt eine mit einem Budget in Höhe von 25 Mio. Euro hinterlegte Straßenbau-

offensive für die Jahre 2024 und 2025 beschlossen hat. Die im Rahmen dieses Programms aufgegriffenen Straßen sollen nun instandgehalten, instandgesetzt und erneuert werden. Die Aufstellung der Straßenliste erfolgte auf der Grundlage eines Kriterienkataloges des städtischen Tiefbauamtes. In diesem wurde berücksichtigt, dass es

die Auswahl unabhängig von der Straßenklasse erfolgt, Anschlussarbeiten im Rahmen von Maßnahmen der Stadtentwässerung mit umgesetzt werden (Synergie) und es sich um Straßen in Stadtquartieren handelt.

> Hierzu erklärt unser mobiitätspolitischer Sprecher, Reinhard Frank: "Die Verwaltung setzt damit eine Forderung der CDU-Fraktion um. Wir Christdemokraten haben den schlechten Zustand vieler Dortmun-

der Straßen bereits seit Langem kritisiert. Die nun vorliegende Liste umfasst sowohl Haupt- als auch Nebenstraßen. In einem Zwei-Jahres-Zyklus will die Verwaltung den Ratsgremien künftig weitere Programme zur Entscheidung vorlegen. Wir hoffen, dass sich die Maßnahmen als ein erster Schritt schnell bemerkbar machen und bitten alle Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer um Verständnis für die zusätzliche Bautätigkeit auf den Dortmunder Straßen."

Unsere Fraktionsmitglieder machen sich auch regelmäßig selbst ein Bild von der Dortmunder

sich um homogene Strecken/Abschnitte handelt, Verkehrsinfrastruktur. So haben wir uns im Herbst Einzelstrecken je Stadtbezirk ausgewählt wurden, im Rahmen einer Radtour über aktuelle Baustel-Dortmunder Radwegenetz erkundet. Hierbei zeigte sich, dass an vielen Stellen bereits gute Schritte für eine moderne Radverkehrsinfrastruktur gemacht worden sind. Gleichzeitig erlebten unsere Fraktionsmitglieder jedoch auch Situationen, an denen noch großer Optimierungsbedarf besteht. So sind insbesondere die Bereiche, in denen die Radrouten die Hauptverkehrsachsen kreuzen, noch nicht optimal gelöst.

> "Wir setzen uns auch weiterhin für ein gleichberechtigtes Miteinander von Fußgängern, Radverkehr, ÖPNV und motorisiertem Individualverkehr auf Dortmunds Straßen ein und hoffen, dass die beschlossene Straßenbauoffensive allen Verkehrsteilnehmern schnell zugutekommt. Um gleichzeitig unnötige Verzögerungen bei Baustellen im Straßenverkehr zu reduzieren, hat der Rat auf schwarz-grünen Antrag hin die Beendigung der bisher üblichen Praxis, Bauvorhaben innerhalb des Wallrings wegen anstehender Großveranstaltungen zurückzustellen oder zu unterbrechen, beschlossen. Die Baumaßnahmen sollen künftig wie ursprünglich geplant und ohne Unterbrechung umgesetzt werden", so Reinhard Frank abschlie-

Nach umfangreichen Beratungen nun beschlossen: Das Ökologische Waldkonzept



Foto: CDU-Ratsfraktion

Erfolgreich erledigt: In einem breit angelegten Beteiligungsprozess wurde für den Dortmunder Stadtwald das von uns im Rahmen der Projektpartnerschaft mit Bündnis 90/Die Grünen angestoßene ganzheitliche, ökologische Waldkonzept erarbeitet und einstimmig vom Rat beschlossen. Ziel des von der eigens eingerichteten "Fachgruppe Ökologisches Waldkonzept" (FÖW) in einem gut einjährigen Prozess erstellten Waldkonzepts ist es, die Vitalität, Stabilität und Klimaresilienz unseres Waldes nachhaltig zu stärken. Die Idee für die Erarbeitung des Waldkonzepts geht zurück auf

einen gemeinsamen Workshop unserer Fraktion mit der Fraktion von Bündnis90/Die Grünen zur Zukunft des Dortmunder Stadtwaldes.

Der Dortmunder Stadtwald ist wertvoll für Mensch, Tier, Klima und Umwelt und erfüllt eine Vielzahl von wichtigen Funktionen. Doch das Ökosystem Wald steht unter Stress. Hitze, Trockenheit und die besonderen Gegebenheiten im großstädtischen Raum setzen ihm zu. "Wenn wir den Dortmunder Stadtwald in seinen vielfältigen Funktionen erhalten möchten, müssen wir unseren Wald angesichts der

spürbaren klimatischen Veränderungen ein Stück weit neu denken und behutsam umbauen. Um den Wald besser zu schützen und ihn fit für die Zukunft zu machen brauchte es einer Grundlage, die von allen am Thema Beteilgten - Umweltverbände, Politik, Verwaltung gemeinsam entwickelt und vor allem anschließend auch von allen in der Umsetzung mitgetragen wird. Dementsprechend ist im Rahmen eines umfangreichen Beteiligungsprozesses ein Konzept entstanden, das die Anforderungen der Zukunft aufgreift und den Dortmunder Stadtwald resilienter machen wird", erläutert **Uwe Waßmann**, umwelt- und klimapolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, das Anliegen des

u. a. eine aktuelle Zustandsbeschreibung, eine Klimaprognose für Dortmund, eine Darstellung der Ökosystemdienstleistungen des Stadtwaldes und eine Beschreibung der Aspekte eines integrativen, sozial-ökologischen Waldkonzepts. Dazu zählen die Bedeutung des Klimawandels für die heimischen Baumarten, die bisherige und zukünftige Entwicklung gebietsfremder Baumarten und ökologische Standards für die Waldbewirtschaftung. Weiter werden der Zweck unbewirtschafteter Waldflächen, ihr Anteil an der Waldfläche und die Kriterien für ihre Auswahl beschrieben. Darüber hinaus wird das Monitoring für den Stadtwald skizziert. Die CDU-Fraktion freut sich, dass das Konzept beschlossen worden ist und umgesetzt

Das vom Rat beschlossene Konzept enthält

Ablehnung durch die CDU-Fraktion: **Umbau des West**fälischen Schulmuseums

Der Rat der Stadt Dortmund hat im Rahmen seiner Sitzung am 8. November 2023 gegen die Stimmen der CDU-Fraktion einer deutlichen Kostenerhöhung beim Umbau des Westfälischen Schulmuseums zugestimmt. Für den Umbau waren in der kleinen Variante ursprünglich zwischen 2,7 und 2,9 Millionen Euro veranschlagt worden. Doch die neueste Vorlage, die nun die Zustimmung des Rates erhalten hat, sieht Kosten in Höhe von 12,5 Mio. Euro vor.

Die CDU-Fraktion bezieht klar Stellung gegen diese Entwicklung, die aus unserer Sicht im Widerspruch zu einer zunehmend angespannten Haushaltssituation steht. Die finanziellen Spielräume der Stadt sehen sich bereits jetzt einer enormen Belastung ausgesetzt. Wir fordern vor diesem Hintergrund und den Kostensteigerungen bei vielen anderen Bauprojekten deshalb eine Priorisierung von Investitionsmaßnahmen durch die Stadtverwaltung. Eine sorgfältige Abwägung und Festlegung von Prioritäten wird von uns als unumgänglich angesehen, um sicherzustellen, dass die finanziellen Ressourcen effizient und verantwortungsbewusst eingesetzt werden.

Die CDU-Ratsfraktion regt zudem eine ganzheitliche Betrachtung der Dortmunder Museumslandschaft an. Um die Strukturen zu optimieren haben wir deshalb gemeinsam mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bereits im September 2021 die Erstellung eines Museumsentwicklungsplans angestoßen.

Zukunftsquartier SMART RHINO: Wie geht es weiter mit dem ehemaligen **HSP-Gelände?**

Bereits seit vielen Jahren gibt es Pläne, die 52 Hektar großen Brachflächen der ehemaligen Hoesch Spundwand und Profil GmbH (HSP) zu einem neuen Stadtquartier zu entwickeln. Wir als CDU-Fraktion haben diese unter dem Projektnamen SART RHINO entwickelte Machbarkeitsstudie von Beginn an unterstützt. Die ursprünglichen Planungen von SMART RHINO sahen ein urbanes Quartier und einen zentralen Bildungscampus der Dortmunder Fachhochschule vor. Das neue Stadtviertel sollte somit die besten Voraussetzungen für Leben und Lernen sowie Wohnen und Arbeiten bieten. Die Planungen sahen auch eine Einbindung der angrenzenden Flächen in den Entwicklungsprozess vor. Nachdem die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie im Jahr 2020 dem Rat der Stadt vorgelegt worden sind und der Rat im März 2023 den entsprechenden Bebauungsplan beschlossen hatte, schien alles auf einem guten Weg zu sein. Doch dann hat die Stadt Dortmund im Juli 2023 in einer gemeinsamen Pressemitteilung mit der Fachhochschule Dortmund und dem Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes (MKW) bekannt gegeben, dass sich die Pläne eines Neubaus der Fachhochschule auf dem SMART RHINO-Gelände als unwirtschaftlich erwiesen haben.



Hierzu unser planungspolitische Sprecher **Uwe** diesem Zeitpunkt haben wir deutlich gemacht, dass wir uns einen konstruktiven Dialog aller beteiligten Akteure wünschen,

um auf dem Areal weiterhin Wohnungsbau und Gewerbeansiedlung zu realisieren. Die Notwendigkeit dieses Dialogs hat sich noch einmal bestätigt, als im November 2023 bekannt geworden ist, dass es im Grundbucheintrag Restriktionen gibt, die Wohnungsbau auf der Fläche ausschließen. Aufgenommen worden sind diese durch den früheren Eigentümer der Fläche, die thyssenkrupp AG. Über die Möglichkeiten zur Beseitigung dieser Hemmnisse kann nur gesprochen werden, wenn alle Akteure an einem Tisch sitzen. Als CDU-Fraktion sind wir weiterhin von der städtebaulichen Relevanz der Entwicklung des SMART RHINO-Geländes, auch ohne Fachhochschule, überzeugt. Entsprechend werben wir für einen Dialog, an dem auch wir uns gerne beteiligen



Foto: CDU-Ratsfraktion

Im Februar 2024 erreicht die politischen Gremien nun eine Vorlage, die die Absicherung eines städtischen Vorkaufsrechts für die SMART RHI-NO-Fläche vorsieht. Auch wenn der Investor an einem Verkauf nicht interessiert ist, begrüßen wir dieses Vorgehen der Verwaltung, da so verhindert wird, dass die Fläche beispielweise in mehrere

Grundstücke aufgeteilt wird und dann an unterschiedliche Eigentümer fällt. Für uns ist klar, dass wir weiterhin eine ganzheitliche Entwicklung des SMARTRHINO-Areals anstreben. Mit Blick auf die immer knapper werdenden Gewerbeflächen in Dortmund werben wir zudem dafür, nicht unnötig viel Zeit verstreichen zu lassen.





Einblicke in den Dortmunder Schulbau



Unsere Mitglieder im Schulausschuss haben sich im Rahmen mehrerer Ortstermine über verschiedene Schulbauprojekte in Dortmund informiert. Die Fachpolitiker unserer Fraktion erkundeten den Erweiterungsbau des Max-Planck-Gymnasiums, den Neubau der Lessing-Grundschule und die Berswordt-Europa-Grundschule. Allein in diese drei Schulen sind knapp 70 Millionen Euro investiert und damit knapp 17.000 Quadratmeter Fläche für die Schülerinnen und Schüler unserer Stadt bereitgestellt worden – und sie sind nur ein kleiner Teil des derzeit in Abarbeitung befindlichen Schulbauprogramms.



uns darin bestärkt, dass es richtig war einerseits auf die Modulbauweise und andererseits auf die in der Schulbauleitlinie entwickelten Grundsätze für moderne Schulgebäude zu setzen. Durch die Modulbauweise kann die Bauzeit erheblich verkürzt werden. Dadurch kann auf die steigenden Schülerzahlen und akuten Bedarfe nach zusätzlichem Schulraum zügig reagiert werden. Hinzu kommt der Vorteil, dass während der Bauzeit an bestehenden Standorten der Unterricht ohne massiven Baustellenbetrieb durchgehend gut möglich ist."

Als CDU-Fraktion freuen wir uns über die Fortschritte im Schulbau. Uns ist aber auch klar, dass es weiterhin noch einen großen Sanierungs- und Baubedarf gibt. Deutlich erkennbar aber ist: Wir sind auf dem richtigen Weg.







Fotos: CDU-Ratsfraktion









für Familien: Weiterentwicklung des Dortmund-**Passes in Richtung** Familienkarte. Wir wollen Vorteile und Vergünstigungen für Familien und Alleinerziehende mit Kindern, um

CDU-Fraktion will

Vergünstigungen

ihnen durch finanzielle Entlastung mehr Teilhabe zu ermöglichen. Immer mehr Familien/Alleinerziehende mit Kindern haben immer weniger Geld zur Verfügung. Steigende Energiekosten auf der einen, eine stetig wachsende Inflation auf der anderen Seite tragen dazu bei, dass den Bedarfen von Kindern an gesellschaftlichen, sportlichen, musischen oder kulturellen Aktivitäten aus finanziellen Gründen oftmals nicht entsprochen werden kann. "Deshalb setzten wir uns in unserer Ratsarbeit schon länger dafür ein,

> in Dortmund nach dem Beispiel anderer Städte eine sog. Familienkarte einzuführen", erklärt Christian Barrenbrügge, familienpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion und führt aus: "Mit der von uns verfolgten Familienkarte sollen

Familien und Erziehungsberechtigte mit Kindern Vergünstigungen in vielen Bereichen bei Unternehmen aus Wirtschaft, Handel, Gastronomie, bei Dienstleistern, kommunalen Einrichtungen und Vereinen erhalten. Wir hoffen, unserem Ziel ein Stück näher gekommen zu sein: Im gemeinsamen Vorgehen im Rahmen der Projektpartnerschaft mit Bündnis 90/Die Grünen haben wir durchgesetzt, dass die Leistungen und Angebote des zu einer neuen Dortmund-Karte weiterentwickelten Dortmund-Passes mittelfristig im Sinne einer familienfreundlichen Stadt allen Familien/ Alleinerziehenden mit Kindern und Wohnsitz in Dortmund zugutekommen. Darüber hinaus haben wir die Verwaltung beauftragt, orientiert an dem Modell der Düsseldorfer Familienkarte. Partnern aus Wirtschaft, Handel, Gastronomie und Vereinen die Gelegenheit zu geben, sich im Rahmen der neuen Dortmund-Karte mit attraktiven Angeboten und Vergünstigungen nach außen sichtbar sozial und familienfreundlich zu engagieren."

Nutzung der Seebühne im Westfalenpark

Warum wird die Seebühne im Westfalenpark schon seit langer Zeit nicht mehr bespielt und für Open-Air-Formate genutzt? Und warum taucht dieser Veranstaltungsort nicht im "Zukunftskonzept Westfalenpark" auf, das alle Maßnahmen beinhaltet, die den Park mit Blick auf die IGA 2027 attraktiver gestalten sollen? Die CDU-Fraktion hatte das Thema im Kulturausschuss platziert und Ergebnis ist, dass die Bühne vollumfänglich bespielbar ist und auch ins Zukunftskonzept aufgenommen wird. Wir können uns also darauf freuen, dass demnächst wieder Konzerte und sonstige Veranstaltungen dort stattfinden werden.

Housing First – Endlich auf einem guten Weg



Foto: iStock.com/Paul Bradbury

Gemeinsam mit den Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke+ haben wir im Mai 2021 den Ratsbeschluss herbeigeführt, das Dortmunder System der Wohnungslosenhilfe um den Ansatz "Housing First" zu ergänzen. Es brauchte über zwei Jahre und es bedurfte eines ständigen politischen Drucks von unserer Seite, bis die Verwaltung dem Sozialausschuss endlich das geforderte Konzept für einen Modellversuch "Housing First" vorgelegt hat und die Verwal-

tung beauftragt werden konnte, ein Verfahren zur Vergabe der Realisierung dieses Konzepts durch einen sozialen Träger zu starten.

Für den sozialpolitischen Sprecher der CDU, Thomas Bahr, ist dies ein Meilenstein: "Im Februar 2021 haben wir den Antrag zur Einführung von ,Housing First' im Sozialausschuss eingebracht. Seither mussten wir immer wieder durch Anfragen und Anträge dafür kämpfen, dass der Ansatz ,Housing First' zum Instrument wird. Dass nun, fast zweieinhalb Jahre später, endlich ein Konzept für den von uns geforderten Modellversuch vorliegt, lässt hoffen, dass sich die Situation vieler wohnungsloser Menschen, die wir sonst nicht erreichen, bald zum Besseren

Die CDU wird das Thema weiterhin energisch verfolgen, damit Obdachlose geschützt im eigenen Wohnraum leben können.

Das Housing-First Konzept beendet Wohnungs-

losigkeit unmittelbar. Wohnungslose Menschen werden direkt in dauerhaftem Wohnraum untergebracht, ohne – wie in der Regel üblich – vorher ihre Wohnfähigkeit nachweisen zu müssen. Die Wohnung steht als haltgebendes Element am Anfang des Verfahrens. Unterstützend werden individuelle, wohnbegleitende Hilfen angeboten, um den Wohnraum langfristig zu sichern. Über die eigene, geschützte Wohnung sollen die Probleme gelöst werden, die zur Wohnungslosigkeit geführt haben. Mit dem Housing First-Ansatz verbindet sich die Chance, diejenigen Wohnungslosen zu erreichen, an denen die traditionelle Wohnungslosenhilfe bisher vorbeigeht, die an der gängigen Praxis des Stufenmodells (Nachweis der Wohnfähigkeit) scheitern und deshalb nicht dauerhaft in eine Wohnung finden.

der Dortmunder Wohnungslosenhilfe gemacht Abfall (EDA)

Ermittlungsdienst

Fortführung

Foto: iStock.com/izzzy71

Erfolgreich durchgesetzt, nun endlich umgesetzt: Der im Jahr 2020 als zweijähriges Pilotprojekt mit vier befristeten Stellen gestartete sog. "Ermittlungsdienst Abfall (EDA)" in Kooperation zwischen EDG und Stadt Dortmund, um illegaler Müllablagerung im öffentlichen Raum entgegenzuwirken, wird auf Dauer fortgeführt und um 8 Einsatzkräfte aufgestockt, damit ein positiver Beitrag zur Sauberkeit in jedem Stadtbezirk geleistet werden kann. Der diesbezügliche Ratsbeschluss geht auf einen Antrag der CDU-Fraktion – gemeinsam mit B'90/Die Grünen – aus 2021 zurück, der nach Abschluss der Pilotphase des EDA nun endlich umgesetzt wird.

"Dank des Ermittlungsdienstes Abfall gibt es Fortschritte im Kampf gegen Umweltsünder. Seit seinem Start im September 2020 hat der Ermittlungsdienst Abfall rd. 9.900 Einsätze durchgeführt. Es wurden 1.937 Ordnungswidrigkeitenverfahren eingeleitet, 1.661 Bußgeldbescheide erlassen und Bußgelder in Höhe von rund 362.000 Euro festgesetzt", verweist Uwe Wallrabe, ordnungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion auf die bisherige Bilanz und betont: "Immer wieder haben wir die klare Erwartungshaltung ausgedrückt, dass der EDA dauerhafter Bestandteil des städtischen Konzepts für mehr Sauberkeit in unserer Stadt wird. Wir freuen uns, dass es nun so weit ist."

Auszeichnung für den Elterntreff leukämie- und tumorerkrankter Kinder e.V.: Elisabeth-Zillken-**Preis der CDU-Fraktion Dortmund erstmals nach** Corona verliehen

Nach coronabedingter Zwangspause hat die CDU-Fraktion erstmals wieder den Elisabeth-Zillken-Preis verliehen und damit die herausragende ehrenamtliche Arbeit des Elterntreffs leukämie- und tumorerkrankter Kinder e.V. gewürdigt. Krebserkrankungen stellen für Betroffene und Angehörige immer eine besondere körperliche und emotionale Belastung dar. Kaum in Worte zu fassen dürfte für die meisten Menschen die Vorstellung sein, dass beim eigenen Kind diese heimtückische Krankheit diagnostiziert wird. In dieser Ausnahmesituation sind sowohl die jungen Patienten als auch ihre Familien auf Unterstützung angewiesen und für jede Hilfe dankbar. In Dortmund und der Region leistet der Elterntreff leukämie- und tumorerkrankter Kinder e.V. hier einen wichtigen Beitrag. Durch zahlreiche Projekte und Veranstaltungen versucht der Elterntreff das Leben der betroffenen Kinder und Familien so gut es geht zu erleichtern.

Seit 1993 verleiht die CDU-Fraktion den Elisabeth-Zillken-Preis. Mit der Preisverleihung möchten wir besonderes ehrenamtliches Enganent anerkennen und öffentlich würdiger

Namensgeberin ist die christdemokratische Sozialpolitikerin Elisabeth Zillken (1888-1980), die in christlicher Verantwortung die Zuwendung zum Mitmenschen als Grundlage und Ziel jeder Politik sah und lebte. Ausgezeichnet werden Einrichtungen, Initiativen und Gruppen für ihr Engagement im sozialen, sportlichen, kulturellen oder ökologischen Bereich, insbesondere wenn diese maßgeblich von ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern getragen

Dr. Jendrik Suck, Vorsitzender der CDU-Frak

tion im Rat der Stadt Dortmund mahnte in seinem

Wortbeitrag in der Ratssitzung am 8. November

2023 an, dass die jüngst zum Thema "Asyl und

Migration" gefassten Beschlüsse des Bundes und

der Länder Wirkung zeigen müssten. Die unge-

steuerte Migration nach Deutschland werde mitt-

lerweile als das größte gesamtgesellschaftliche

Problem empfunden und sei inzwischen mit einem

Ausführungs- und Baubeschluss zur Weiterentwicklung der Mahn- und **Gedenkstätte Steinwache**

Wir unterstützen die bauliche Erweiterung der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache sowie die Überarbeitung und Modernisierung der Dauerausstellung "Widerstand und Verfolgung in Dortmund von 1933 bis 1945". Dem Rat lag dazu in der vorletzten Sitzung ein Ausführungs- und Baubeschluss vor, dem wir selbstverständlich zugestimmt haben. Je mehr die Zeugen der Zeit des Nazi-Terrors verstummen, desto mehr wächst die Bedeutung von Orten wie der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache. Wie wichtig es ist, die Erinnerung an das dunkelste Kapitel deutscher Geschichte wachzuhalten, zeigt sich nicht zuletzt an der erschütternden Zunahme antisemitischer Vorfälle und eines unverhohlen zutage tretenden alltäglichen Antisemitismus. Bereits seit 2014 wird im Auftrag des Rates an der Sanierung und Weiterentwicklung der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache gearbeitet. Dies beinhaltet auch die Überarbeitung der erstmals 1981 eröffneten Dauerausstellung "Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933 bis 1945". Das ehemalige Polizeigefängnis aus dem Jahr 1928 war zwischen 1933 und 1945 ein zentraler Ort nationalsozialistischer Verfolgung. Mehr als 66.000 Menschen wurden hier während des Nationalsozialismus festgehalten und vielfach durch die Gestapo missbraucht. In den zwölf Jahren des NS-Regimes war die Steinwache eine der berüchtigtsten Folterstätten der Region und erlangte als "Hölle Westdeutschlands" trau-

Ratsmehrheit für Zentrale Unterbringungseinrichtung für Flüchtlinge in Oespel

Erst wenige Tage vor der Ratssitzung am 8. November 2023 erreichte uns die Vorlage der Verwaltung zur Einrichtung einer zentralen Landeseinrichtung zur Unterbringung von Flüchtlingen (ZUE) im Gebäude des Hotels ibis Dortmund West in Oespel. Wir haben dieser Vorlage nicht zugestimmt. Wir haben uns enthalten und unsere bereits in der Ratssitzung am 21. September 2023 ausgedrückte Skepsis, als wir einen Antrag der grünen Fraktion zur Unterstützung einer ZUE in Dortmund abgelehnt haben, erneuert und den Verfahrensverlauf kritisiert: Von der Absicht, im ibis-Hotel am Rande des Induparks ab dem 1. Januar 2024 eine ZUE zu betreiben, haben wir als Ratsfraktion erst durch die Mitglieder unserer Fraktion in der Bezirksvertretung Lütgendortmund und die Dortmunder Medien erfahren. Es

gab dazu keinerlei Vorabinformation des Oberbürgermeisters oder der zuständigen Fachverwaltung. Da haben wir ein anderes Verständnis von der Gemeindeordnung, nach der der Oberbürgermeister den Rat über alle wichtigen Gemeindeangelegenheiten zu unterrichten hat, zumal wir erst wenige Wochen zuvor, in der Ratssitzung am 21. September 2023 die Kommunikation der Verwaltung in der Frage der Einrichtung einer ZUE in Dortmund kritisiert hatten. Damals ging es um die beiden, uns bis heute unbekannten Standorte, die die Verwaltung dem Land bereits Ende 2022 ohne vorherige Rückkoppelung mit der Politik und ohne irgendeine Beteiligung oder Information der Bürgerschaft für eine Landeseinrichtung zur Unterbringung von Flüchtlingen

Gefühl der Überforderung bei Unterbringung und Integration verbunden. "Wir wollen helfen. Unser Herz ist weit. Doch unsere endlich", zitierte **Dr. Jen**drik Suck Altbundesprä-

Möglichkeiten, sie sind sident Joachim Gauck.



rige Berühmtheit.

Die Mitglieder der CDU-Fraktion im **Rat der Stadt Dortmund**

Sprechen Sie uns bitte an:

0231 - 57 94 11

oder mail@cdu-fraktion-dortmund.de



Thomas Bahr Sprecher im Ausschuss für Soziales, Arbeit und Gesundheit

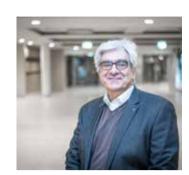


Christian Barrenbrügge Sprecher im Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie sowie im Betriebsausschuss

Stelly. Sprecher im Schulausschuss



Annette Becker Stellv. Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschafts-, Beschäftigungsförderung, Europa, Wissenschaft und Forschung Stelly, Sprecherin im Ausschuss für Mobilität, Infrastruktur und Grün



Emmanouil Daskalakis



Reinhard Frank Mitglied des Fraktionsvorstandes (Schatzmeister) Sprecher im Ausschuss für Mobilität, Infrastruktur und Grün Stelly. Sprecher im Rechnungsprüfungsausschuss



Dr. Eva-Maria Goll Mitglied des Fraktionsvorstandes (Beisitzerin) Sprecherin im Schulausschuss



Dirk Hartleif Stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Mobilität, Infrastruktur und Grün Stellv. Sprecher im Ausschuss für Kultur, **Sport und Freizeit**



Thorsten Hoffmann Mitglied des Fraktionsvorstandes Stellv. Sprecher im Ausschuss für Bürgerdienste, öffentliche Ordnung, Anregungen und Beschwerden



Sascha Mader Stellv. Fraktionsvorsitzender Vorsitzender des Ausschusses für Kultur, Sport und Freizeit Sprecher im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften Stelly. Sprecher im Hauptausschuss und Ältestenrat



Ute Mais Bürgermeisterin Mitglied des Fraktionsvorstandes Sprecherin im Ausschuss für Kultur, Sport und Freizeit Stelly. Sprecherin im Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie sowie im Betriebsausschuss FABIDO



Matthias Nienhoff Stellv. Sprecher im Ausschuss für Wirtschafts-, Beschäftigungsförderung, Europa, Wissenschaft und Forschung



Ina Polomski-Tölle



Udo Reppin Stellv. Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses Sprecher im Ausschuss für Wirtschafts-, Beschäftigungsförderung, Europa, Wissenschaft und Forschung Stellv. Sprecher im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften



Manfred Sauer Sprecher im Rechnungsprüfungsaus-



Dr. Jendrik Suck Fraktionsvorsitzender Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegen-Sprecher im Hauptausschuss und Ältestenrat



Michaela Uhlig Stellv. Sprecherin im Ausschuss für Soziales, Arbeit und Gesundheit



Sprecher im Ausschuss für Personal, Organisation und Digitalisierung



Mitglied des Fraktionsvorstandes (Beisitzer) Sprecher im Ausschuss für Bürgerdienste, öffentliche Ordnung, Anregungen und Beschwerden

Uwe Wallrabe



Stellv. Fraktionsvorsitzender Sprecher im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Stadtgestaltung und Wohnen Stellv. Sprecher im Ausschuss für Personal, Organisation und Digitalisierung



Vorsitzender des Ausschusses für Bürgerdienste, öffentliche Ordnung, Anregungen und Beschwerden Stellv. Sprecher im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Stadtgestaltung und Wohnen

Impressum_

Herausgeber: CDU Fraktion im Rat der Stadt

Dortmund, Friedensplatz 1,

44135 Dortmund

V.i.S.d.P.: Ralf Binnberg Geschäftsführer

Dr. Jendrik Suck (Leitung), Redaktion:

Ralf Binnberg, Reinhard Frank, Susanne Lengner, Nils Sotmann, Jutta Ziesmer

Redaktions-

31. Januar 2024 schluss:

schlecht gestaltet. Ute Schlecht Satz: Deutsche Post Dialog Solutions GmbH Druck:

So erreichen Sie uns: _

Friedensplatz 1, 44135 Dortmund

Mo. - Do.: 9.00 - 17.30 Uhr 9.00 - 14.00 Uhr oder nach Vereinbarung

02 31 - 57 94 11

Telefon: Internet: E-Mail:

www.cdu-fraktion-dortmund.de mail@cdu-fraktion-dortmund.de



www.cdu-fraktion-dortmund.de



cdufraktiondortmund



cdufraktiondortmund



cdufraktionDO